



Ministerium für Schule und Bildung NRW, 40190 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Schule und Bildung
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Florian Braun MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

15. Januar 2024
Seite 1 von 4

Aktenzeichen:
321-
bei Antwort bitte angeben

Dorothee Feller

Bericht zum Thema: „Sachstand antisemitische Vorfälle an Schulen in Nordrhein-Westfalen seit dem 7. Oktober 2023“

Bitte der Fraktion der FDP um einen schriftlichen Bericht für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 17. Januar 2024

Auskunft erteilt:
Herr John Kessel
Johnpatric.kessel@msb.nrw.de
Telefon 0211 5867-3714

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

beigefügt übersende ich den Bericht zum Thema „Sachstand antisemitische Vorfälle an Schulen in Nordrhein-Westfalen seit dem 7. Oktober 2023“ für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 17. Januar 2024.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesen den Mitgliedern des Ausschusses für Schule und Bildung vorab zur Information zuleiten würden.

Mit freundlichen Grüßen


Dorothee Feller

Anschrift:
Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 5867-40
Telefax 0211 5867-3220
poststelle@msb.nrw.de
www.schulministerium.nrw

Postanschrift:
Ministerium für
Schule und Bildung NRW
40190 Düsseldorf

**Bericht des Ministeriums für Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen**

**“Sachstand antisemitische Vorfälle an Schulen
in Nordrhein-Westfalen seit dem 7. Oktober 2023”**

**Bitte der Fraktion der FDP um einen schriftlichen Bericht der
Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und
Bildung am 17. Januar 2024**

Die Landesregierung hat sich zu Antisemitismus klar positioniert: Nie wieder ist jetzt! Antisemitismus bedroht jüdisches Leben, unsere Werteordnung sowie die Menschenwürde in unserem Land. Das Ministerium für Schule und Bildung stellt sich angesichts einer zunehmenden Verächtlichmachung der Demokratie und des zuletzt zunehmenden Antisemitismus klar hinter die Werte der Menschenrechte und des Grundgesetzes. Antisemitismus hat weder in der Gesellschaft noch in unseren Schulen einen Platz und muss entschieden bekämpft werden. Das Ministerium für Schule und Bildung unterstützt alle Schulen in Nordrhein-Westfalen durch vielfältige Maßnahmen, um antisemitischen oder menschenverachtenden Äußerungen entschieden entgegenzutreten und jüdisches Leben zu schützen.

Bereits in den Herbstferien wurden die Schulen durch eine erste Schulmail vom 12. Oktober 2023 auf Beratungsstellen und Unterrichtsmaterialien zum Umgang mit dem Thema Antisemitismus hingewiesen. Mit der zweiten Schulmail vom 26. Oktober 2023 wurden den Schulen Webinare zum Thema Antisemitismus durch die Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit – Beratung bei Rassismus und Antisemitismus (kurz: „SABRA“) sowie zum Umgang mit Konflikten durch die Landesstelle für Schulpsychologie (kurz: LaSP) angeboten.

Beide Schulmails haben auf die Bedeutung einer offenen Gesprächskultur hingewiesen und sich klar positioniert, dass menschenverachtende, antisemitische Äußerungen an den Schulen keinen Platz haben dürfen. Zur weiteren Unterstützung der Lehrkräfte wurde eine FAQ-Liste mit Unterrichtsmaterialien erstellt, die stetig erweitert wird. Die verfügbaren Unterrichtsmaterialien machen neben Einführungstexten und didaktisierten Materialien auch mediale Angebote wie Filme und Kurzvideos für alle Altersstufen verfügbar. Die Rückmeldungen aus den Bezirksregierungen zeigen eine gute Resonanz auf die bisherigen Angebote in der Lehrerschaft.

Neben diesen kurzfristigen Maßnahmen hat das Ministerium für Schule und Bildung die Schulen bereits in den letzten Jahren durch verschiedene Angebote unterstützt. So besteht schon seit 2019 eine Kooperation mit der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf, die Träger von SABRA ist. Die Fortbildungsreihe „Kompetent und konsequent gegen Antisemitismus“ sowie die Beratungsangebote von SABRA werden durch die Lehrkräfte regelmäßig angefragt. Neben den genannten Webinaren bietet SABRA darüber hinaus regelmäßig digitale offene Sprechstunden an, die nach Auskunft der an SABRA zugewiesenen Lehrkräfte durch Lehrkräfte gut angenommen werden.

Neben SABRA unterstützen auch die schulpsychologischen Beratungsstellen durch die Fachkräfte für „Systemische Extremismusprävention“ („SystEx“) die Schulen durch ihre Beratungsangebote bei allen Fragen zum Umgang mit Extremismus sowie Antisemitismus.

Zur Weiterqualifikation der Lehrkräfte bestehen im Bereich der staatlichen Lehrerfortbildung verschiedene Angebote, u.a. Fortbildungsangebote für die Fächer Politik, Gesellschaftslehre, Geschichte und Sachunterricht. So wird die Sensibilisierung als auch fachliche Unterstützung der Lehrkräfte für das Thema Antisemitismus sichergestellt. Zudem steht den Schulen ein Fortbildungsbudget zur Verfügung, das sie bei Bedarf für den Einkauf von Angeboten externer Anbieter zu dieser Thematik verwenden können. Eine Fortbildungsmaßnahme mit dem Titel „Begegnungen mit jüdischem Leben in NRW – Antisemitismuskritische Lernangebote für die Sekundarstufe“ wird derzeit unter Federführung der Bezirksregierung Düsseldorf in Kooperation mit Bildungspartner NRW erstmalig durchgeführt. Hierunter finden sich auch neu entwickelte Angebote, die auf die aktuelle gesellschaftliche und schulische Situation eingehen. Zurzeit wird geprüft, wie aus den Angeboten verschiedener Bezirksregierungen eine landesweite Maßnahme entwickelt werden kann.

Im Umgang mit antisemitischen Äußerungen bestehen rechtliche Regelungen. Der Gemeinsame Runderlass des Ministeriums des Innern, des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, des Ministeriums für Schule und Bildung und des Ministeriums der Justiz vom 19. November 2019 „Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung der Jugendkriminalität“ (BASS 18 -03 Nr.1) legt fest, wann die Schule die Polizei benachrichtigen muss; dies ist bei politisch motivierten Straftaten wie antisemitischen Äußerungen immer der Fall.

Grundsätzlich erheben weder das Ministerium für Schule und Bildung noch die Bezirksregierungen zentral statistische Daten zu antisemitischen Vorfällen an Schulen. Dem schulischen Krisenmanagement wurden seit dem 7. Oktober 2023 61 antisemitische Vorfälle gemeldet, hiervon 49 Vorfälle durch das Ministerium des Innern und 12 Vorfälle durch die Bezirksregierungen. Die häufigsten erfassten Delikte waren Sachbeschädigung in Form von Schmierereien, E-Mails mit Bedrohungen, z.B. Bombendrohungen, sowie volksverhetzende Aussagen. Unterstützende Hinweise erhalten die Schulen in diesen und weiteren Fällen neben den bereits genannten Beratungsangeboten auch unter den Schlagwörtern „Extremismus/Verfassungsfeindliche Äußerungen“ im Notfallordner „Hinsehen und Handeln“.